

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Dr. Christian Stocker
Bundeskanzler

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.491.634

Wien, am 20. August 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Nemeth, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. Juni 2025 unter der Nr. **2717/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gespräche mit den Vertretern der Ukraine und Russlands“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

1. *Haben Sie oder andere Vertreter der Republik seit Beginn des Ukraine-Krieges mit dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, bzw. russischen Vertretern Gespräche geführt?*
 - a. *Wenn ja, wann fanden die Gespräche statt?*
 - b. *Welche Ergebnisse erzielten diese Gespräche?*
2. *Sind Gespräche zwischen Ihnen und Präsident Putin bzw. russischen Vertretern geplant?*
3. *Wie beurteilen Sie die Möglichkeit von Gesprächen mit Vertretern beider Seiten vor dem Hintergrund des internationalen Haftbefehls gegen Präsident Putin und der Ankündigung der österreichischen Außenministerin diesen exekutieren zu wollen?*

Am 11. April 2022 traf mein Amtsvorgänger Karl Nehammer den russischen Präsidenten Putin in Moskau. Im Nachgang des Treffens führten sie am 27. Mai 2022 ein Telefonat. Unter anderem ging es dabei um die humanitäre Lage in der Ukraine und die notwendigen humanitären Hilfsmaßnahmen. Auch das Thema der globalen Ernährungssicherheit wurde diskutiert. Darüber hinaus gibt es Kontakte zwischen österreichischen Vertretern und Vertretern der Russischen Föderation, beispielsweise im Rahmen der in Wien angesiedelten Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), in Gremien der Vereinten Nationen oder über die Österreichische Botschaft in Moskau. Gespräche auf politischer Ebene sind derzeit nicht vereinbart.

Österreich unterstützt alle Bemühungen für einen gerechten, nachhaltigen und umfassenden Frieden und steht als Ort des Dialogs für dahingehende Gespräche zur Verfügung. Als Vertragspartei des Römer Statuts besteht für Österreich wie für alle anderen Vertragsparteien eine Kooperationsverpflichtung mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Die allfällige Frage einer Teilnahme an möglichen Friedensverhandlungen von Personen, gegen die ein Haftbefehl des IStGH besteht, muss im Vorfeld in Konsultationen mit dem Gerichtshof geklärt werden.

Dr. Christian Stocker

